JÜRGEN RUHFUS

Perspektiven Europas – Ziele der deutschen Politik

Meine Damen und Herren,

Vor 40 Jahren war die Einigung Europas eine konstruktive Idee, ein Fernziel.

Heute ist die Europäische Gemeinschaft politischer Alltag. Die Europäische Union wächst heran.

Wirtschaftliche, politische und vor allem auch rechtliche Integration sind ohne Schaden nicht mehr umkehrbar.

Rückfälle in die nationale Eigenbrötelei sind leider noch denkbar, aber anachronistisch.

Vor wenigen Wochen, am 30. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, konnten wir über das bisher Erreichte Bilanz ziehen:

Aus den Anfängen, der Bündelung der damals wichtigsten strategischen Güter Kohle und Stahl, über die Grundlegung der Wirtschaftsgemeinschaft, die Atomgemeinschaft und die Öffnung des Weges zu einer europäischen Union ist Europa nicht nur zu einer bedeutenden wirtschaftlichen Macht im Dreieck mit den USA und Japan herangewachsen.

Auch politisch kann Europa heute, wenn es will, mit einer Stimme sprechen und seine Interessen im Dialog der Supermächte zur Geltung bringen.

Europa ist auch ein großes Thema der Rechtspolitik. Sie haben die 18. Bitburger Gespräche unter das Generalthema „Rechtsgemeinschaft Europa“ gestellt.

Die Europäische Gemeinschaft verfügt, das unterscheidet sie von herkömmlichen internationalen Organisationen, über die Souveränitätsrechte, auf die ihre Mitgliedstaaten verzichtet haben.

Dies war möglich, weil die allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Wertvorstellungen das Fundament für den Aufbau eines geeinten Europas bilden.

Zu diesen Grundwerten gehören Gleichheit, Freiheit, Solidarität, wirtschaftliche und soziale Sicherheit und die Herrschaft des Rechts.

Rat, Kommission und das Europäische Parlament haben die Verpflichtung der Gemeinschaft auf die gemeinsamen Grundwerte am 5. April 1977 in einer eindrucksvollen gemeinsamen Erklärung feierlich bekräftigt.

Ich möchte an dieser Stelle die hohe Bedeutung, die der Wahrung und Fortentwicklung des Rechts in der Gemeinschaft zukommt unterstreichen.

Der Europäische Gerichtshof ist ein ganz entscheidender Integrationsfaktor.

Ich nehme nur seine wegweisende Rechtsprechung zum Vorrang des Gemeinschaftsrechts, zur unmittelbaren Geltung gemeinschaftlicher Rechtsakte und zur Beachtung der Grundrechte und allgemeiner Rechtsgrundsätze.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat erst kürzlich die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Wahrung der Grundrechte gewürdigt.

Es erkennt den Vorrang des Gemeinschaftsrechts auch im Grundrechtsbereich ausdrücklich an.

Der Grundrechtsschutz hat in der Gemeinschaft jetzt ein Maß erreicht, – ich zitiere aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Dezember 1986 – „das nach Konzeption, Inhalt und Wirkungsweise dem Grundrechtsstandard des Grundgesetzes im wesentlichen gleich zu achten ist“.

Wie dicht das Netz der Rechtsbeziehungen in der Gemeinschaft inzwischen geworden ist, zeigt sich an der zunehmenden Zahl der Verfahren zur Klärung von gemeinschaftsrechtlichen Fragen.

Diese Entwicklung ist zu begrüßen, weil sie die zunehmende Integration unserer Länder in einer Rechtsgemeinschaft reflektiert.

Wenn es vorwiegend um politische Meinungsunterschiede geht, sollte allerdings der politische Dialog zwischen den Beteiligten einem Gang zum Europäischen Gerichtshof vorgezogen werden.

Die erhebliche Zunahme der Verfahren macht einen Ausbau des Rechtsschutzes in der Gemeinschaft erforderlich.

Die Bundesregierung hat deshalb der Einrichtung eines erstinstanzlichen Gerichts in Luxemburg zugestimmt. Die Einheitliche Europäische Akte schaffte hierfür die Voraussetzungen.

Bei den Vorarbeiten für die Europäische Akte habe ich als Vertreter der Bundesregierung im ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Komitee) Vorschläge unterbreitet, die noch weiter in Richtung auf Schaffung eines europäischen Rechtsraums gingen.

Ein Grundrechtskatalog und die Verfahren, die zu seiner Durchsetzung erforderlich sind, können sich aber auch, wie bisher, pragmatisch in der Rechtsprechung entwickeln.

Die Europäische Gemeinschaft als ein Zusammenschluß von nunmehr zwölf Staaten hat seit ihrem Bestehen an Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland zugenommen.

Bundeskanzler Kohl hat in seiner Regierungserklärung am 18. März bekräftigt, daß die Verwirklichung der Europäischen Union ein vorrangiges Ziel und Perspektive der deutschen Außenpolitik ist und bleibt.

Das bedeutet in der konkreten Situation:

Ziele der deutschen Europapolitik für die nächste Legislaturperiode sind:

- die volle und zügige Implementierung der Einheitlichen Akte
- die Konsolidierung der Zwölfergemeinschaft durch innere Reformen
- die Festigung ihrer Außenbeziehungen nach allen Richtungen, in einem offenen Welthandelssystem und im Rahmen der EPZ.

Diese langfristige Perspektive findet auch in der Bevölkerung der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft breite Unterstützung.

Das haben die jüngsten Umfrageergebnisse der EG-Kommission zum Thema „Europa 2000“ gezeigt.

Fast zwei Drittel der Bürger befürworteten das Ziel mit „Vereinigte Staaten von Europa“.

Anlaß zur Sorge sollte uns sein, daß Deutsche und Niederländer heute etwas skeptischer eingestellt sind als andere.

Wir müssen gegen jede Europamüdigkeit auf der Hut sein.

Es gibt keine Alternative für uns Deutsche zur europäischen Einigung.

Mit der Einheitlichen Europäischen Akte ist jetzt die Grundlage für eine Beschleunigung der Integration geschaffen.

Die Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992, die neuen Rechtsgrundlagen für Umweltschutz, Forschung und technologische Entwicklung, das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion sind nicht nur verbindliches Programm.

Die Akte eröffnet zugleich konkrete Chancen für die baldige Verwirklichung dieser Ziele.

Mehrheitsentscheidungen im Rat, Übertragung von Durchführungsbefugnissen auf die Kommission und eine stärkere Mitwirkung des Europäischen Parlaments im Entscheidungsverfahren der Gemeinschaft sind wirksame Instrumente.

Der oberste Gerichtshof der Republik Irland hat das Inkrafttreten der Akte verzögert.

Wir sind nicht ungeduldig, daß die Voraussetzungen zur Hinterlegung der irischen Ratifikationsurkunde demnächst geschaffen werden können.

Dann wird die Gemeinschaft in ihrer politischen Realität gestärkt und besser gerüstet, ihre weltweite politische Verantwortung wahrzunehmen.

Manchen mag dieser Schritt in Richtung auf die Europäische Union nicht groß genug sein.

Die Bundesregierung hätte es begrüßt, wenn das Europäische Parlament weitergehende Mitwirkungsbefugnisse erhalten hätte. In der weiteren Entwicklung werden wir darauf drängen, das Europäische Parlament als die gewählte demokratische Vertretung der Bürger in seinen Befugnissen zu stärken.

Die in der Europäischen Akte liegenden Chancen müssen jetzt vollständig und tatkräftig genutzt werden.

Der einheitliche Binnenmarkt mit über 320 Millionen Menschen ist eine große Herausforderung für die Wirtschaft, die Verwaltung, für Staat und Gesellschaft der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Aber er ist die notwendige Basis, um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können.

Allerdings – und darüber muß sich jeder im klaren sein – verlangt der Binnenmarkt auch bei uns erhebliche Anpassungen.

Wir müssen Abschied nehmen von der Vorstellung, alles selbst regeln zu können und auch regeln zu wollen.

Natürlich müssen wir auf hohe europäische Standards beim Schutz von Gesundheit, Umwelt am Arbeitsplatz achten.

Aber mehr Deregulierung, mehr gegenseitige Anerkennung statt bürokratischer Harmonisierung täte not.

Für die Verbraucher bietet der größere, freie Markt erhebliche Vorteile.

Ein breiteres Angebot von Waren und ein verstärkter Wettbewerb auf den Märkten der Mitgliedstaaten liegt im Interesse des Verbrauchers.

Er muß frei darüber entscheiden können, ob er ein nach deutschem Reinheitsgebot gebrautes Bier trinken will oder andere, rechtmäßig in den Verkehr gebrachte Biere, die diesem Gebot zwar nicht voll entsprechen, ihm gleichwohl aber schmecken mögen.

Der einheitliche Binnenmarkt, in dem Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital frei verkehren können, muß dem einzelnen Bürger konkrete zusätzliche Freiräume verschaffen.

Nur so kann Europa zu einem wirklichen „Europa der Bürger“ werden.

Wir brauchen noch offenere Grenzen, mehr Schüler- und Wissenschaftler austausch und vor allem die gegenseitige Anerkennung von Diplomen und Zeugnissen.

Das Aufenthaltsrecht muß entsprechend den Vorgaben des Europäischen Rates endlich auch auf Personenkreise ausgedehnt werden, denen es bisher nicht zusteht, also vor allem auf Studenten und ältere Menschen, die aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind.

Der europäische Integrationsprozeß hat durch die technologische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten eine neue Dimension erhalten.

In der friedlichen Nutzung des Weltraums, in den Bereichen der Mikroelektronik, der Telekommunikation und der Biotechnologie sind wir Zeugen atemberaubender Entwicklungen.

Sie verändern immer mehr die sozialen, wirtschaftlichen, aber auch die militärischen und strategischen Bedingungen für die Industrienationen, für das West-Ost-Verhältnis und für die Dritte Welt.

Die technologischen Anforderungen und finanziellen Lasten, die hiermit verbunden sind, schließen nationale Alleingänge aus.

Die historische Dimension dieser Veränderungen ist nur vergleichbar mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts.

Es handelt sich auch um eine geistige und kulturelle Herausforderung, der sich Europa nur stellen kann, wenn es sich selbst aktiver im technologischen Bereich einschaltet.

Europa muß sich als Zukunftsgemeinschaft im Technologiebereich behaupten.

Wir dürfen nicht Lizenznehmer der Hochtechnologieländer Japan und USA werden.

Im Vorfeld der neuen Akte steht die Gemeinschaft vor Entscheidungen, die Mut und Verantwortung ebenso erfordern wie Augenmaß für das politisch Machbare.

Die Finanzen der Gemeinschaft müssen mittelfristig auf eine Grundlage gestellt werden, die eine gerechte Aufbringung der Mittel und Verteilung der Lasten sicherstellt und für zukunftsorientierte Projekte mehr Raum schafft.

Die Bundesrepublik Deutschland wird ihren Anteil dazu beitragen.

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ist über Ansätze noch nicht hinausgekommen.

Nach wie vor sind Überschußproduktion und als Folge davon die Finanzierung nicht unter Kontrolle.

Die Leidtragenden dieser Situation sind zu allererst die Bauern.

Der Strukturwandel in der europäischen Landwirtschaft muß sich durchsetzen.

Dies kann nicht über Nacht geschehen.

Die menschliche, gesellschaftliche und ökologische Dimension eines solchen Prozesses dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Die Existenz des bäuerlichen Familienbetriebs muß auch künftig gesichert werden.

Solange es keine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik gibt, wird es nicht ohne ein System des Währungsausgleichs bei Währungsanpassungen gehen.

Aber je mehr wir uns um eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik bemühen, umso besser können Spannungen im Agrarbereich abgebaut werden.

Der Prozeß der internen Festigung hat Vorrang.

Die Süd-Erweiterung ist noch auf Jahre hinaus nicht verarbeitet. Sie verlangt neue Anstrengungen in der Strukturpolitik und zur Einebnung des regionalen Entwicklungsgefälles in der Gemeinschaft. Dabei kann es durchaus zu Zerreißproben kommen.

Bedeutsam bleibt für die Gemeinschaft auch die weitere Entwicklung ihrer Außenbeziehungen.

Fast ein Drittel des gesamten internationalen Handels wird von der Gemeinschaft abgewickelt.

Gemeinsam mit den EFTA-Ländern, mit denen die EG durch Freihandelsabkommen eng verbunden sind, erhöht sich dieser Anteil auf fast 40 Prozent.

Das bedeutet, daß wir – die Bundesrepublik Deutschland, als der wirtschaftlich stärkste Mitgliedstaat der Gemeinschaft und die Gemeinschaft insgesamt – eine besondere Verantwortung gegenüber unseren Partnern in West und Ost und ganz besonders auch gegenüber den Entwicklungsländern tragen.

Die Bundesregierung wird sich wie bisher auch künftig nachdrücklich für einen freien Welthandel einsetzen.

Wir brauchen einen konstruktiven Dialog mit dem Ziel, protektionistische Maßnahmen weiter abzubauen.

Ein Handelskrieg wäre katastrophal, nicht nur für Wachstum und Beschäftigung in den industrialisierten Ländern, sondern gerade auch für das Nord-Süd-Verhältnis.

Das Modell „Europäische Gemeinschaft“ läßt sich gewiß nicht ohne weiteres auf andere Teile dieser Welt übertragen.

Dennoch wird die Bundesregierung nicht zulassen, für den Gedanken der regionalen Zusammenarbeit und des Dialogs zu werben – weil beides der Stabilisierung und damit der Friedenserhaltung in der Welt dient. Ermutigt werden wir dabei durch die Erfahrungen, die wir in der Zusammenarbeit mit den ASEAN-Ländern gemacht haben.

Meine Damen und Herren,

die westeuropäischen Demokraten stehen heute vor großen sicherheitspolitischen Herausforderungen angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der Weltpolitik, die sich immer klarer abzeichnen.

Das demokratische Europa muß seine Position auch in der Sicherheitspolitik gemeinsam formulieren und im Dialog der Supermächte zur Geltung bringen.

Hierfür müssen wir die Möglichkeit der politischen Zusammenarbeit voll nutzen und die Westeuropäische Union stärken.

Neue technologische Entwicklungen wie auch die sicherheitspolitische Dimension des Weltraums müssen berücksichtigt werden.

Der Bedarf eigener europäischer Aufklärungs- und Verifikationsmittel wird angesichts sich abzeichnender Entwicklungen im Rüstungskontrollbereich immer klarer.

Vor allem ist es erforderlich, auf der Grundlage des gemeinsamen Konzepts der Sicherheit und Kriegsverhütung zu gemeinsamen Antworten auf die Fragen zu kommen, die sich im Bereich von Rüstungskontrolle und Abrüstung stellen.

Nur so können wir die Entwicklung im Interesse Europas beeinflussen und gewährleisten, daß äußere Sicherheit und Rüstungskontrolle nicht in einen Gegensatz geraten, der diese Interessen gefährdet.

Wenn wir von Europa sprechen, müssen wir uns bewußt bleiben, daß gerade für uns Deutsche Europa nicht an der Elbe aufhört.

Mitglieder der Verantwortungsgemeinschaft für Frieden und Sicherheit in ganz Europa sind nicht nur die westlichen Demokratien.

Das Zusammenleben der Staaten in der Perspektive der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu gestalten, ist Aufgabe und Verpflichtung aller europäischer Staaten.

Deshalb wollen wir die Beziehung der Gemeinschaft mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe als Fundament einer dauerhaften und für beide Seiten erfolgreichen Zusammenarbeit gestalten.

Lassen Sie mich zusammenfassen.

Die Gemeinschaft der europäischen Demokratien bleibt im Interesse der Menschen, die in ihr leben, aufgerufen und verpflichtet, die Vision einer Europäischen Union zu verwirklichen.

Wir brauchen

- ein Europa, das wirtschaftlich und technologisch an der Spitze steht und das seine Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen erkennt und wahrnimmt,

- ein Europa, das ein starker und selbstbewußter Pfeiler der Nordatlantischen Allianz ist,

- ein Europa, das Kern einer umfassenden Friedensordnung im Geiste des KSZE-Schlußakte ist,

- ein Europa, das im Kräfiedreieck USA – Japan – Europa die Rolle spielt, die ihm auf Grund seiner Wirtschaftskraft gebührt und

- ein Europa, das sich seiner Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern bewußt ist und danach handelt.